

Haushaltsrede für den 08.12.2021

Ausführungen zum Haushalt 2022 der FWG Frankenthal

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich, sehr geehrter Herr Bürgermeister Knöppel, sehr geehrter Herr Beigeordneter Leidig, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin wütend, wütend über Landes- und Bundespolitiker, für die die 4. Corona-Welle, ähnlich der Heilig Abend, ganz plötzlich kommt. Da wird sich mehr über parteipolitische Probleme oder Posten gestritten als dass Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden, die die 4. Welle eindämmen könnten. Boostern wird erst ein großes Thema als es fast schon zu spät ist und Ratschläge von Wissenschaftlern sind zwar nice aber mehr auch nicht.

Ich bin wütend, das man anscheinend mehr Angst vor einer nichtimpfwilligen Minderheit hat, als das man die große Mehrheit derer , die die Ratschläge befolgt und sich impfen lässt, schützt. Die Demokratie muss Minderheit schützen. Aber ich möchte Immanuel Kant zitieren: „Die Freiheit eines jeden beginnt dort, wo die Freiheit eines anderen aufhört“. Ist das Leben und die Freiheit vulnerabler Gruppen weniger wert, als die Freiheit der Impfwilligen? Haben wir in den letzten fast zwei Jahren nicht erlebt, was es heißt wenn unser tägliches Leben eingeschränkt ist, unsere Bewegungsfreiheit und unser Recht auf Arbeit. Wenn Kranke alleine auf den Intensivstationen sterben oder mit Rettungsfliegern in Krankenhäuser überall in Deutschland verlegt werden weil die Intensivstationen voll sind. Ich möchte hier noch unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zitieren: "Wer jetzt immer noch zögert, sich impfen zu lassen, den will ich heute ganz direkt fragen: Was muss eigentlich noch geschehen, um Sie zu überzeugen?" Mir reicht es bald und ich bin es leid. Es ist für mich Unverständlich dass Menschen lieber Impfausweise fälschen als sich impfen zu lassen.

Ich bin traurig, dass bei knapp tausend Beschäftigten in der Stadtverwaltung etwa 150 Stellen nicht besetzt sind. Das sind ca. 15 % aller Stellen. Das

bedeutet für Bürger lange Wartezeiten. Sei es ein Auto anmelden, einen Ausweis beantragen oder einen Hausbau genehmigt zu bekommen. Schnell kommt da das Argument Personalmangel. Diesen Mangel haben viele kommunale Verwaltungen in der Region aber auch die private Wirtschaft. Die Bürger wollen nicht mehr hören warum etwas nicht geht, sondern wie man es trotzdem ans Laufen bekommt. Das Glas sollte Halbvoll und nicht immer halbleer sein. Das Thema ist in den Augen der Bürger ausgelutscht. Zumal für die kommunalen Dienstleistungen und Steuern nächstes Jahr mehr bezahlt werden soll. Und man darf nicht vergessen das die Stadt als Arbeitgeber auch eine Fürsorgepflicht den Mitarbeitern gegenüber hat.

Wir fordern daher eine externe Prüfung von einem auf kommunale Verwaltungen spezialisiertem Prüfungsunternehmen mit Prüfschwerpunkt auf organisatorische und systemische Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten. Eine umfassende Prüfung ohne jegliche Einschränkungen. Wo ist Personalbedarf, wo kann eine Stelle abgebaut und die Person woanders eingesetzt werden. Wer ist auf seiner Stelle unter- aber auch überfordert. Wo kann noch mehr digitalisiert werden.

Kommen wir zur ADD, den angekündigten Steuererhöhung in der Grundsteuer A und B um 90 Prozentpunkte und der etwas schrägen Sichtweise der ADD wie sie sich in die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen einmischt oder auch nicht.

Wir stimmen jedem zu, der die Verschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz anprangert. Frankenthal gehört zu den stärker verschuldeten Kommunen in unserem Bundesland. Jetzt gibt es natürlich mehrerer Möglichkeiten diese Schulden zurückzuzahlen. Zum Verständnis, es handelt sich hierbei um Kassenkredite, sozusagen der Dispo der Kommunen. Teuer in der Finanzierung und was ganz wichtig ist, er finanziert nichts Produktives. Anders als ein Investitionskredit. Hier schafft man einen Mehrwert für die Stadt, Bevölkerung und dem Eigenkapital.

Also müsste die Landesregierung erstens die Kommunen bei ihren Pflichtaufgaben besser unterstützen, indem sie beim kommunalen Finanzausgleich den Städten mehr Zuwendung zukommen lässt, d.h. z.B. bei

Sozialausgaben einfach mehr überweist oder beim Bau eines Kindergartens uvm. Oder sie schickt zweitens den Kommunen, besonders den verschuldeten, die Aufseher der ADD auf den Leim. Nichts mit „Wer bestellt –bezahlt“, dem Konnexitätsprinzip. Sondern jetzt wird geschaut, wo kann bei den freiwilligen Leistungen gespart werden oder die Kommune muss die Steuern erhöhen. Also im Endeffekt die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das Streichen von freiwilligen Leistungen würde erhebliche Auswirkungen in unserer Gesellschaft hervorrufen. Weniger Kurse in der Musikschule und VHS. Streichung von sozialen Beratungen und Leistungen. Weniger kulturelle Events. Sie sehen, dass dies Auswirkung auf alle Personen in Frankenthal haben wird. Also bleibt eigentlich nur die Erhöhung der Steuern. Dieses Jahr nur die Grundsteuer A und B. Nächstes Jahr dann vielleicht zusätzlich noch die Gewerbesteuer.

In einem Jahr, indem viele Vermieter und Mieter noch an den Folge der bestehenden Corona-Epidemie zu leiden haben, sollen sie mehr bezahlen. Vielleicht nicht viel, aber 20,00 Euro mehr Miete im Monat kann für eine alleinerziehende Person mit Kind schon sehr viel Geld sein, vor allen Dingen dann, wenn, wie jetzt die Preise für Nahrungsmittel und Energie auch exorbitant steigen.

Besonders perfide empfinden wir von der FWG den Zwang der Steuererhöhung. Denn stimmt der Stadtrat heute nicht dem Haushalt und der Erhöhung der Steuern zu, braucht die Verwaltung den Haushalt erst gar nicht zur ADD zwecks Genehmigung zu schicken. Er würde nicht geprüft werden. Wir hätten also keinen genehmigten Haushalt und dadurch würde die Handlungsfähigkeit der Verwaltung extrem eingeschränkt werden. Neue Aufträge könnten nicht vergeben werden, Bauprojekte müssten wieder verschoben werden usw.. Die ADD setzt damit den freigewählten Mitgliedern des Stadtrates die Pistole auf die Brust und zwingt uns zur Zustimmung.

Auch die Einspartipps der Landesorgane sind ,gelinde gesagt, eine Unverschämtheit. Hier tut sich besonders der Landesrechnungshof hervor. Er verlangt z.B. das Verträge mit den Reinigungsfirmen auf Einsparpotential geprüft werden sollen. Wo kann denn da noch gespart werden, doch nur am Personal. Es wird also dem Sozialdumping Tür und Tor geöffnet. Und das von einer Behörde in einem Rot-grün regierten Bundesland. Oder der Vorschlag der Stadtverwaltung die beiden Kitas am Ostparkstadion von einem

Generalunternehmer bauen zu lassen. Der Landesrechnungshof legte jedoch sein Veto ein und nun müssen alle Gewerke einzeln ausgeschrieben werden. Regulierungswut gegen Sparbemühungen!

Ich möchte hier, zur Abrundung des Gesagten, aus einem Schreiben von Fr. Vicky Richter von der ADD zitieren. Geschrieben wurde das im Rahmen der Prüfungsanfrage der Fraktionen der SPD und FWG in der Folge des Krankenhausskandals und der unrechtmäßig vergebenen Aufträge. Das Zitat: Die Selbstverwaltungsfreiheit (der Kommunen) verbietet Willkür und Bevormundung, sie verbietet der Aufsichtsbehörde aber auch, selbst in Fragen des Ermessens und der Zweckmäßigkeit ihre Auffassung an die Stelle derjenigen des zuständigen kommunalen Organs zu setzen.

Ich fühle mich von der ADD sehr wohl bevormundet und es wird auch eindeutig in die Selbstverwaltungsfreiheit der Stadt Frankenthal eingegriffen wenn sie sie zwingt die Steuern zu erhöhen.

Leiten wir mit diesem Zitat auf die Stadtklinik über. Obiges Zitat war die Begründung für die Ablehnung unseres Prüfantrags bezüglich der Beraterverträge. Es scheint als ob man Verträge in Millionenhöhe an den Fachgremien vorbei abschließen kann. Und die ADD interessiert es nicht. Aber wehe du überziehst die freiwilligen Leistung um 1 Millionen Euro. Da müssen direkt alle Frankenthaler Bürger drunter leiden. Im ganzen muss die Stadtklinik jetzt wieder in ruhige Fahrwasser kommen. Die Abfindungen müssen verhandelt werden, die offenen Stellen müssen besetzt werden und es muss vor allen Dingen eine Strategie her, die die Stadtklinik wieder in die schwarzen Zahlen bringen wird und zwar eher kurz- als langfristig. Auf Dauer kann die Klinik und dann irgendwann die Stadt das Defizit nicht ausgleichen. 15 Millionen Euro Minus in den Jahren 2020 – 2022. Es müssen neue Ertragsfelder erschlossen werden, Kooperationen geprüft werden. Machen wir unsere Stadtklinik, auch mit den geplanten Baumaßnahmen, zukunftsfest und rentabel.

Nach wie vor beschäftigen KiTa-Neubauten, Schulanbauten und Schulsanierungen sehr regelmäßig die politischen Gremien.

Einige Projekte konnten im zu Ende gehenden Jahr zum Abschluss gebracht werden. Der Anbau ans AEG und das Kooperationsprojekt PIH und KG sind

fertiggestellt, die KiTa Weidstraße hat den Betrieb sukzessive aufgenommen, der Digitalpakt Schule hat bereits in den meisten Schulen für einen Ausbau der digitalen Infrastruktur gesorgt.

Wir werden weiter investieren müssen. Das Land fordert uns als klamme Kommune heraus, genannt seien hier :

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres .Er fordert weitere Kita-Neubauten.

Das KiTa-Gesetz RLP, das seit 01.07.2021 in Kraft getreten ist und eine durchgängige 7stündige Betreuung garantiert, damit einhergehend der Ausbau der Verpflegungsangebote in den Kitas und räumliche Umstrukturierungen.

Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026.

Pflichtaufgaben, die wir von Bund und Land übertragen bekommen.

Wir müssen mit Nachdruck fordern, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten wird!

Wir bitten die Verwaltung, ihren Vorschlägen an höherer Stelle mehr Nachdruck zu verleihen. Wenn wir für unser Frankenthal eine bessere Lösung im Auge haben, dann müssen wir dafür kämpfen.

Der im November im Schulträgerausschuss aktualisierte Schulentwicklungsplan gab aufschlussreiche Hinweise für die künftige Schul-Planung. Nicht alle ursprünglichen Prognosen sind eingetreten. Verzögerungen bei Bauprojekten oder der Besuch einer Grundschule in einem anderen Grundschulbezirk seien nur 2 genannte Gründe. Das stockende Voranschreiten bei den geplanten Baugebieten erschwert eine zielgerichtete Schulentwicklungsplanung.

Liebes Bauamt, Ihnen kommt hier eine Schlüsselfunktion zu! **Sie** bringen die Dominosteine ins Wanken. Bitte treiben Sie die Bauprojekte mit gesundem Menschenverstand voran, verlieren Sie sich nicht im Kleingedruckten, auch wenn alle notwendigen rechtlichen Vorgaben eingehalten werden müssen. Potentielle Bauherren verlangen nach pragmatischen Lösungen. In unserer Nachbarkommune Ludwigshafen schießen Wohnungen fast wie Pilze aus dem Boden. In Frankenthal ersticken Bauprojekte in den Mühlen der Verwaltung oder beugen sich einer der zahlreichen Bürgerinitiativen.

Hier sind wir in den letzten Jahren in Frankenthal wahrliche Weltmeister:

Bürgerinitiativen im Ziegelhofgebiet, in den Klostergärten, im Pilgerpfad und seit kurzem auch Pro Lauterecken sind eigentlich Zeugen, dass sich Bürger sehr für die Entwicklung ihrer Stadt interessieren.

Liebe BI-Mitglieder, die Türen aller Fraktionen stehen für Sie offen, werden Sie Teil und gestalten Sie selbst mit. Entscheidungen sind immer Abwägungen. Ihre Argumente sind hier wichtig und aufschlussreich. Dennoch fordere ich Sie zu einem konstruktiven Dialog auf. Aktuell wirkt es so, als wollten die Initiativen Projekte verhindern, nicht verändern.

Lassen Sie uns gemeinsam Veränderung wagen!

Erinnern Sie sich an den 28.08.2019. Da haben wir hier in dem Rat über das Wort Notstand in Klimanotstand diskutiert. Auf was für abwegige Begründung der ein oder andere kam, damit wir das nicht Notstand nennen. Ich denke, wenn wir ins Ahrtal schauen, können wir mittlerweile auch von Notstand sprechen. Rheinland-Pfalz ist das wärmste Bundesland in Deutschland und Frankenthal gehört zu den wärmsten Städten. Was das bedeutet kann man mittlerweile sehr gut an der Natur und der Stadt erkennen. Die Sommer werden unerträglich heiß in der Stadt für Mensch und Tier und die Winter sind eindeutig zu warm um der Natur ihre Zeit zur Erholung zu geben.

Aus diesem Grund fängt der Naturschutz bei der Erschließung von Baugebieten an und hört bei der Mobilität auf. Möglichst klimaneutrales Bauen, wenig Flächenversiegelung und Achtung der Frischluftschneisen in die Stadt. Und nicht zu vergessen. Begrünung der Flächen. Gefällte oder kranke Bäume müssen zeitnah, also kurzfristig, wieder angepflanzt werden. Besonders in der Innenstadt. Dort sind immer mehr Bäume abgängig, ohne dass sie ersetzt werden. Der Schattenwurf und die Verdunstungskälte sind für eine Stadt wie Frankenthal essentiell. Es ist toll, wenn viele Bäume gespendet werden. Sie müssen aber langsam auch angepflanzt werden. Da werden wir von der FWG vermehrt unser Augenmerk drauf legen. Ferner sollte bei allen Neubauten und Neubaugebieten konsequent der Steingarten verboten werden. Auch bestehende Vorgärten sollen nicht mehr in Steingärten umgewandelt werden dürfen. Aus den obigen Gründen haben wir auch das Gebiet FT-01 abgelehnt.

Wenn dort in der gesamten Größe gebaut wird werden über 20 Hektar versiegelt. Und zwar beste landwirtschaftliche Fläche.

Umweltschutz hört aber bei unserer Mobilität nicht auf. Aus diesem Grund haben wir im Oktober 2020 einen Antrag auf Umwandlung der Elisabethstraße in eine Fahrradstraße gestellt. Wir müssen wegkommen von der Priorisierung des PKWs im öffentlichen Verkehrsraum. Alle Arten der Mobilität müssen ihren Platz haben und zwar gleichberechtigt, wenn nicht sogar der ÖPNV und das Fahrrad bevorrechtigt. Fahrradwege müssen instandgesetzt und erweitert werden. Wir müssen an das überregionale Radwegenetz angeschlossen werden. Fahrradfahren, auch zur Arbeit, muss attraktiver gestaltet werden. Ein Schritt in die richtige Richtung ist das geplante Fahrradhaus am neuen ZOB.

Ich fordere also die anderen Fraktionen auf unseren vorgeschlagenen Weg mitzugehen und in der Elisabethstraße einen Anfang mit der Fahrradstraße zu machen und so den Radfahrern eine sichere Möglichkeit zur Querung der Stadt zu bieten.

Ein weiteres symbolträchtiges Vorhaben ist das Programm Lebendige Zentren und damit das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept. Viele Projekte stehen in diesem Konzept und haben ihre Berechtigung. Ob jedes begutachtete Haus wirklich so heruntergekommen ist wie beschrieben, lassen wir im Raum stehen. Aber hier hat sich die Stadtverwaltung Gedanken gemacht wie man ein Förderprogramm nutzen kann um unsere Innenstadt attraktiver zu gestalten. Die Hauptprojekte sind das Erkenbert-Museum, der neue ZOB mit Umfeld sowie die Carl-Theodor-Straße. Hoffen wir, dass die meisten Vorschläge der Stadt so zeitnah fertig sind dass auch möglichst viele Projekte gefördert werden solange noch Geld im Topf ist.

Nach kontroversen und heftigen Diskussionen und wohlwissend dass die Schlagzeile in den Zeitungen lauten wird, dass der Haushalt mehrheitlich genehmigt wurde, stimmen wir gegen den Haushalt. Allen Stadträten wird bildlich gesprochen die Pistole auf die Brust gesetzt und alle demokratischen Werte, freie Wahlen und freie Meinungsbildung, ausgehebelt. Ferner werden mit dieser Steuererhöhung die besonders armen Bevölkerungsgruppen überproportional benachteiligt.

Meine Damen und Herren,

ich danke den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dem Stadtvorstand, der Stadtklinik, den Stadtwerken, dem CFF und dem EWF für Ihren Einsatz zum Wohle der Stadt in dieser außergewöhnlichen und schweren Zeit persönlich und im Namen der FWG Fraktion.

Allen Mitarbeitern, wie auch uns allen wünschen wir Freien Wähler eine besinnliche Zeit vor den Festtagen und hoffentlich ein frohes und hoffnungsvolles Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien.

Für das Jahr 2022 wünschen wir Ihnen allen Gesundheit, Zufriedenheit und Glück.

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.